

Ein Reförmchen

Regeln bei der Zeitarbeit

Schlecker ist eben nicht überall. Dass Mitarbeiter, wie dort, entlassen werden, um sie wieder als Leiharbeiter anzuheuern, gehört natürlich verboten, betrifft aber nur einen sehr kleinen Teil der Missbrauchsfälle in einer Branche mit heute rund 800 000 Beschäftigten.

Und dennoch war der Schlecker-Skandal das Hauptmotiv für

EINGEKREIST

von der Leyen, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz neu zu fassen. Nach dem Motto „Seht her, die Regierung tut was!“ ist ein Reförmchen entstanden, das möglicherweise nicht lange Bestand haben wird. Die EU-Richtlinie, die in nationales Recht umgesetzt werden muss, fordert das Prinzip der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit. Daran rührt unsere Arbeitsministerin jedoch nicht.

Der große Wurf fehlt, dafür befasst sich von der Leyen mit Kleinigkeiten. Künftig dürfen auch Leiharbeiter die Kantine ihres Entleihbetriebs betreten. Na toll! Das gilt in den meisten Unternehmen ohnehin.

Auch den Branchenmindestlohn nach dem Entsendegesetz will die Ministerin umschiffen, weil hier die FDP total blockiert. Doch dieses Thema ist ebenso nur aufgeschoben. Ab Mai 2011 gilt die Arbeitnehmer-Freizügigkeit in der EU, bis dahin muss eine Untergrenze bei den Zeitarbeiterlöhnen gezogen sein. Sonst malocht der Slowene hier für 3,95 Euro die Stunde.

Ganz verboten ist der Schlecker-Trick übrigens auch künftig nicht: Ist die Mitarbeiterin kürzer als sechs Monate für den Betrieb tätig, darf sie laut Entwurf durch die Drehtür geschickt werden und als Leiharbeiterin wieder hereinkommen. Unmöglich!

ANGELA GIESE

Sicherheitslücke bei PayPal entdeckt

Behalddienst lässt Abbuchung von Konten auch ohne Verifizierung zu

HANNOVER – Beim Bezahldienst PayPal klappt offenbar eine gefährliche Sicherheitslücke.

Mit gestohlenen Kreditkarten-Daten ließen sich ohne jegliche Überprüfung von einem fremden Konto bis zu 1500 € abheben, berichtet das Computer-Magazin *c't*. So viel könne ein Betrüger ausgeben, wenn er damit bei PayPal unter falschem Namen ein Konto anlege.

PayPal verifiziert bei einer Kontoeröffnung die angegebenen Daten über Kontrollbuchungen. Die Ebay-Tochter überweist geringe Kontroll-Beträge auf das Giro- oder Kreditkartenkonto des Kunden. Um sich auszuweisen, muss der Kunde einen Code zurückschicken oder die auf das Konto überwiesenen Beträge zurückbuchen.

Bis die Daten des Kunden verifiziert sind, lässt PayPal dem Bericht zufolge allerdings ungeprüft Abbuchungen zu. Die Zeitschrift schildert den Fall einer Frau, die zum Opfer von Betrügern geworden war. Im vergangenen Jahr waren von ihrem Kreditkartenkonto 195 € offenbar von Kriminellen aus Rumänien abgehoben worden.

dpa

Gasnetz für 800 Mio. Euro verkauft

Endesa trennt sich von Leitungen

MADRID – Der spanische Versorger Endesa versilbert sein Gasnetz und greift damit der italienischen Mutter Enel beim Schuldenabbau unter die Arme.

Endesa verkauft 80 Prozent seiner Leitungen und erhält dafür 800 Mio. €, wie der Konzern mitteilte. Damit setzt sich der Trend zur Abtrennung der Netze in Südeuropa fort: Enel hatte im vergangenen Jahr in einem ähnlichen Schritt sein italienisches Gasnetz abgeben, die spanische Gas Natural wenig später gleichfalls ihre Pipelines. Das nächste Geschäft dieser Art steht in Portugal bevor.

Den Zuschlag gab Endesa zwei Fonds der US-Bank Goldman Sachs. Auch in Italien und bei Gas Natural kamen Infrastrukturfonds zum Zuge. Ihr Appetit auf Verteilnetze und Pipelines auf der iberischen Halbinsel sei offenbar ungezügelt, sagten Analysten.

rtf

Leiharbeit in Grenzen halten

IG Metall geißelt von der Leyens Gesetzesentwurf: Stammpersonal verdrängt



IG-Metaller lassen bei der Leiharbeit nicht locker: Sie wollen verhindern, dass eine „Billiglohnlinie“ die Belegschaften in den Betrieben spaltet. Foto: dapd

Leiharbeit soll für die Einsatzbetriebe teurer werden. Die IG Metall hat bereits mit 500 Unternehmen Sondervereinbarungen getroffen, die bis hin zu gleicher Bezahlung von Zeitarbeitern reichen. Die Gewerkschaft verlangt von der Bundesregierung eine Gesetzesnovelle, die Zeitarbeit begrenzt und Stammarbeitsplätze schützt.

FRANKFURT – Die Gewerkschaften nennen es ein „Beruhigungsäpfchen“, was Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gerade ursüßet. Der Gesetzesentwurf „zur Verhinderung von Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung“ verdiene den Namen nicht.

Vize-IG-Metall-Chef Detlef Wetzlar erklärte gestern in Frankfurt: Missbrauch von Leiharbeit habe nicht nur bei der Drogeriemarktkette Schlecker stattgefunden, sondern auch in 2000 Betrieben der Metallbranche. Dies hat just eine Befragung ergeben, an der sich 5100 Betriebsräte beteiligt hatten. Wetzlar drohte mit „dauerhaften betrieblichen Konflikten“, falls die Industrie weiterhin an der massenhaften Leiharbeit festhalte.

Der Gesetzesentwurf von der Leyens öffne dem Abbau von Stammarbeitsplätzen Tür und Tor, sagte der IG-Metall-Vorstand. So würden weder die Höchstüberlassungsdauer geregelt noch die gleiche Bezahlung im Verhältnis zur Stammebelegschaft

verlangt. In der Folge würden viele hunderttausend Arbeitsplätze durch schlecht bezahlte Leiharbeit ersetzt. Bereits ein knappes Viertel aller Betriebe in der Metall- und Elektroindustrie beschäftigt laut Umfrageergebnis zwischen zehn und 50 Prozent Leiharbeiter. Der Zusatzbedarf an Arbeitskräften im Aufschwung werde nur von 15 Prozent mit neuen, unbefristeten Jobs gedeckt. 43 Prozent der Betriebe setzten auf Leiharbeit und 42 Prozent auf befristete Jobs.

Mehr befristete Verträge

Zu den Befristungen lieferte auch das ifo-Institut gestern Zahlen. Jeder vierte Arbeitgeber gab in einer Umfrage an, dass er künftig mehr befristete Verträge abschließen will. Die gute Nachricht: Neun von zehn Firmen wollen überhaupt bis Herbst Mitarbeiter einstellen.

Wetzlar verwies auf die Prognose der Zeitarbeitsbranche selbst, wonach sich die Zahl ihrer Beschäftigten in absehbarer Zeit auf 2,5 Millionen verdreifachen könnte. Leiharbeiter seien die Verlierer der Krise wie des Aufschwungs, weil sie zuerst entlassen würden und im Aufschwung schlechte Bezahlung tragen müssten.

Der Gesetzesentwurf entspreche ebenso wenig den Anforderungen der Europäischen Kommission. Die IG Metall werde alles tun, dass ein folgendes Gesetz auch gerichtlich überprüft würde, kündigte Wetzlar an. Den

Unternehmen hielt die Gewerkschaft vor, Leiharbeit zu einem Dumpingwerkzeug entwickelt zu haben. Aus strategischen Gründen solle in den Betrieben eine Billiglohnlinie eingeführt werden, mit der auch die Stammebelegschaften unter Druck gesetzt werden könnten.

Zeitarbeit sei für die Metall- und Elektro-Industrie ein unverzichtbarer Baustein der Personalpolitik, erklärte hingegen der Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Berlin. Bei einem stabilen Aufschwung werde zeitversetzt auch die Zahl der Stammarbeitsplätze wieder wachsen.

Auch der Hauptgeschäftsführer der bayerischen Metall-Arbeitgeber, Bertram Brossard, prangerte dieser Tage die „Anti-Zeitarbeits-Kampagne“ der IG Metall an. „40 Prozent der Zeitarbeitnehmer sind An- und Ungelernte. Gerade gering Qualifizierten eröffnet die Zeitarbeit den Weg in den Arbeitsmarkt, der ihnen auf gewöhnlichem Weg häufig versperrt wird.“

Einer Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge ist die Zeitarbeitsbranche für die meisten Beschäftigten nur eine Durchgangsstation. Etwa die Hälfte aller Mitarbeiter bleibt kürzer als drei Monate bei einer Leiharbeitsfirma. Die Branche selbst kritisiert „Schwarze Schafe“, die sich davor drücken, Mitarbeiter auch in einsatzfreien Zeiten weiter zu bezahlen oder richtig einzugruppieren.

dpa/ag

Wut über satte Boni für Banker

Politik machtlos bei Gehältern für die zweite Führungsebene

BERLIN – Die Bundesregierung steht üppigen Gehältern für staatlich gerettete Banker der zweiten Führungsriege machtlos gegenüber.

Das Finanzministerium nehme hier „Abkoppelungen von der Wirklichkeit wahr“, bestätigte ein Sprecher des Finanzministeriums, „wir beobachten das sehr aufmerksam“. Es gebe aber derzeit keine rechtlichen Möglichkeiten, Gehälter und Boni für Banker unterhalb der Vorstandsebene zu deckeln. Im Gegensatz zu den Vorständen von Banken mit Staatshilfe, die per Gesetz nicht mehr als 500 000 € im Jahr verdienen dürfen, gelten für die Mitarbeiter darunter lediglich die Vergütungsgrundsätze des staatlichen Rettungsfonds SoFFin, die nur allgemeine Vorgaben enthalten.

Viele Manager der mit Steuerzahlergeld geretteten Banken verdienen nach Medienberichten schon wieder prächtig. Einige strichen den Angaben zufolge mehr als die jährlich eine halbe Mio. € ein, die vom SoFFin als Obergrenze für Vorstandsmitglieder festgelegt wurden.

FDP-Generalsekretär Christian Lindner zeigte „kein Verständnis für die Gehalts- und Bonuszahlungen, die hier an Staatsbanker gegeben werden“. Es könne nicht sein, „dass es hier wieder völlig unverständliche Gehaltszahlungen in Investitionen gibt, die ja offensichtlich am Markt nicht erfolgreich sein können oder nicht erfolgreich waren, denn dann bräuchten sie keine staatlichen Hilfen“. Die Regeln für Vorstandsmitglieder müssten für die Banken insgesamt geprüft werden, verlangte Lindner.

„Nicht erklärbar“

Auch die Union reagierte mit Unverständnis. Statt höchster Sensibilität zeigten die Kontrollgremien „sehr viel Verständnis und Einfühlungsvermögen für die Banker“, sagte Unions-Finanzexperte Leo Dautzenberg (CDU) der *Rheinischen Post*. Das sei nicht nachvollziehbar und „überhaupt nicht erklärbar“.

Der geschäftsführende SPD-Fraktionschef Joachim Poß verlangte ein generelles Boniverbot für staatlich gestützte Banken: „Da, wo der Staat sich engagiert, haben Boni nichts zu suchen. Wir benötigen eine Verschärfung der Regulierung von Banken, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind.“ Poß forderte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) auf, unverzüglich keine Boni mehr aus Steuergeldern zu bezahlen.

Auch die Gewerkschaften prangerten die millionenschweren Gehälter für Banker an, deren Institute in der Krise vom Staat gerettet wurden. Uwe Foullong vom ver.di-Bundesvorstand bezeichnete es als gravierenden Konstruktionsfehler, dass der SoFFin nur die Vorstandsgehälter, nicht aber die der zweiten Führungsebene deckele. Hier müsse der Gesetzgeber nachbessern.

dapd/dpa

Verpackungsindustrie setzt auf „grüne“ Lösungen

Umweltschutz und Nachhaltigkeit rücken zunehmend in den Fokus — Messe „Fachpack“ in Nürnberg beginnt

Folien aus nachwachsenden Rohstoffen, kompostierbare Kartons und Maschinen, die Energie sparen helfen: Auch in der Verpackungsindustrie spielt Nachhaltigkeit eine immer größere Rolle, wie ab heute die Messe „Fachpack“ in Nürnberg zeigt.

NÜRNBERG – „Die Fachpack ist eine richtige Arbeitsmesse“, sagt der Geschäftsführer der NürnbergMesse, Bernd A. Diederichs. So kämen etliche der erwarteten 34 000 Besucher aus der abpackenden und abfüllenden Industrie mit konkreten Problemen auf die Fachschau und verließen diese mit Lösungen, die sie heuer bei 1351 Ausstellern finden können.

Um die Umwelt zu schonen, aber auch aufgrund der stark gestiegenen Rohstoffpreise, suchten derzeit viele Firmen nach Möglichkeiten, Material einzusparen, konkretisiert Branchenkenner Gert Erhardt. Wie sich im Einzelfall Energie- und Materialverbrauch senken lassen und welche umweltfreundlichen Verpackungen es schon gibt, illustriert die Sonderschau „Nachhaltig produzieren und verpacken“. Unter den 20 hier vertretenen Firmen ist zum Beispiel die nordrhein-westfälische FSP – Full Service Packaging, die nach eigener Darstellung Europas ersten Onlineshop für ausschließlich umweltfreundliches Verpackungs- und Versandmaterial betreibt.

Das Spektrum der „Biobiene“ reicht von kompostierbaren Luftkissen und Verpackungs chips bis hin zu Versandkartons, die aus einem Nebenprodukt der Zuckergewinnung hergestellt werden. Dass sich nachhaltiges Denken oft in kleinen Dingen manifestiert,



Kompostierbare Verpackungs chips bietet die „Biobiene“, die zu den Ausstellern der Sonderschau auf der Fachpack gehört. Foto: Günter Distler

belegt Uwe Klein, Geschäftsführer bei Smurft Kappa im Werk Feucht, anhand schlankerer Verpackungen für Fotos und robusterer Kartons, die innen mit Wellpappe verstärkt sind.

Weitere Neuheiten sind mit Ultraschall verschweißte Obst- und Gemüseboxen sowie Bierdeckel, Ordner und Werbemittel, die aus dem Restholz nachhaltiger Forstwirtschaft gefertigt werden, berichtet Erhardt. In der Produktion kämen derweil verstärkt Roboter zum Einsatz, da mittlerweile viele Patente ausgelaufen seien und Fertigungsautomaten jetzt nur noch rund 30 Prozent des Preises von vor vier Jahren kosteten.

Warum Schachteln, Tuben & Co. fürs Marketing immer wichtiger werden, erklärt Diplompsychologe Hans-Georg Häusel: „Sie erzielen eine bis zu zehnfache Wirkung, wenn die Verpackung ein multisensorisches Kunstwerk ist.“ Zudem leisteten sich viele Firmen heute keine groß angelegten Werbekampagnen mehr. Da Untersuchungen gezeigt hätten, dass 35 Prozent der Verbraucher zu Hause auf der Verpackung nachlesen, wenn sie Informationen suchen, läge es nur nahe, diese fürs Marketing zu nutzen.

So spielten unter anderem Farbe und Geruch der Verpackung eine Rolle, aber auch, wie sie sich anfühlt und wie leicht sie sich öffnen lässt, resümiert Häusel. Gleichzeitig sei aber keines dieser Elemente alleine für wachsende Umsätze verantwortlich: „Es gibt nicht den ‚Verkaufsknopf‘ im Kopf.“ Vielmehr wähle der Mensch meist unbewusst und aufgrund seiner Emotionen Produkte aus.

ASTRID LÖFFLE